

Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB): Beitritt der Stadt Bern zum Solidaritätskomitee „Mühleberg Verfahren“

Der Stadtrat hat in der Stadtratssitzung vom 9. Dezember 2010 das Postulat Imboden: „Was tut die Stadt Bern, um die Bevölkerung vor dem altersschwachen Schrottreaktor Mühleberg zu schützen?“ erheblich erklärt. In seiner Antwort zu Punkt 2 hat der Gemeinderat erklärt, die Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem AKW Mühleberg auf politischem und nicht juristischem Weg klären zu wollen. Er hat deshalb den Beitritt zum Komitee „Mühleberg Verfahren“, welches das Beschwerdeverfahren gegen die Aufhebung der Befristung des AKW Mühleberg führt, abgelehnt. Der Stadtrat akzeptierte diese Haltung, indem es die Antwort des Gemeinderats in diesem Punkt als Prüfungsbericht annahm.

Heute haben wir eine grundlegend neue Situation und sind mit neuen traurigen Erfahrungen konfrontiert: In Japan ist eine Naturkatastrophe passiert, welche eine Atomkatastrophe ausgelöst hat, die so nie für möglich gehalten wurde.

In Anbetracht dieser Ereignisse ist es unhaltbar, dass das AKW Mühleberg – welches ein Reaktor der gleichen Bauweise wie die Reaktoren des AKW Fukushima (Siedewasserreaktor) ist –, über eine unbefristete Betriebsbewilligung verfügt. Die unabhängige Überprüfung dieses UVEK-Entscheids durch das Bundesverwaltungsgericht ist deshalb dringender denn je. Um die Beschwerdeführenden in diesem Verfahren zu unterstützen, muss die Stadt Bern dem Komitee „Mühleberg Verfahren“ beitreten. Damit kann die Stadt einen wichtigen Beitrag leisten, um die Stilllegung des AKW Mühleberg voranzutreiben.

Die Beschwerde des Komitees geht genau auf die Sicherheitsmängel ein, welche in Japan zum schlimmsten Unfall seit Tschernobyl geführt haben:

„Die vorliegenden Stellungnahmen des ENSI und der BKW reichen nicht aus, den aktuellen Zustand des Atomkraftwerks zu beurteilen. Es werden Sachverhalte erwähnt, welche nicht überprüfbar sind. Dies trifft insbesondere für die Notkühlung, den Schutz gegen Erdbeben und die Alterungsüberwachung zu. Es ist unakzeptabel, dass die BKW gegenüber der NOK, der Betreibergesellschaft des AKW Beznau II, bevorzugt behandelt wird, welche im analogen Verfahren 2004 sämtliche Unterlagen öffentlich auflegen musste.“ (Komitee Mühleberg Verfahren)

Die Stadt Bern hat sich in den letzten Monaten zweimal gegen die Atomkraft ausgesprochen. Der Ausstieg aus der Atomenergie bis 2039 wurde mit dem Gegenvorschlag zur Initiative EnergieWendeBern mit 61% angenommen. Mit dem Abstimmungsresultat der Konsultativabstimmung zum neuen AKW Mühleberg II zeigte die Stadt Bern mit 65%, dass sie kein neues AKW in ihrer Umgebung will.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Solidaritätskomitee „Mühleberg Verfahren“ sofort beizutreten.

Begründung der Dringlichkeit:

Das Beschwerdeverfahren gegen das AKW Mühleberg ist im Moment vor dem Bundesverwaltungsgericht hängig, mit einem Entscheid ist in den nächsten Monaten zu rechnen. Gestützt auf die Erfahrungen aus der Atomkatastrophe von Fukushima werden die Beschwerdeführenden neue Beweisanträge stellen und begründen müssen. Die Unterstützung durch die Stadt Bern wird der Beschwerde erheblich an Gewicht verleihen, wenn sie nun rasch erfolgt.

Bern, 17. März 2011

Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB), Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Rahel Ruch, Lea Bill, Jeannette Glauser, Hasim Sancar, Stéphanie Penher

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Die in der Motion geforderte Massnahme betrifft inhaltlich Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten, die in den operativen Zuständigkeitsbereich der Exekutive zu liegen kommen. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Stadtrat hat mit SRB 203 vom 12. Mai 2011 die *Dringliche Motion Zbinden: AKW Mühleberg stilllegen - und zwar sofort!* als Richtlinie erheblich erklärt. Mit Punkt 2 dieser Motion wird der Gemeinderat aufgefordert, alle Bestrebungen auf politischer und rechtlicher Ebene aktiv zu unterstützen, die eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg anstreben. Da die geforderte Massnahme der Motion Zbinden wie auch der Motion Fraktion GB/JA! inhaltlich Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten betrifft, die in den operativen Zuständigkeitsbereich der Exekutive zu liegen kommen, kommt auch dieser Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat die Motion GB/JA! als Richtlinie erheblich zu erklären.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 14. September 2011

Der Gemeinderat